

**IG Metall Unterelbe Medieninformation**  
**11. Mai 2009/8 Uhr**



**IG Metall fordert das sofortige Verbot des Aufmarsches militanter Neo-Nationalsozialisten am 6. Juni in Pinneberg: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen !**

Die IG Metall fordert vom Landrat des Kreises Pinneberg und dem Innenminister des Landes Schleswig-Holstein das sofortige Verbot des für den 6. Juni 2009 in Pinneberg angemeldeten Aufmarsches von so genannten „autonomen“ Neo-Nationalsozialisten.

*„Dieser Angriff auf demokratische Rechte muss verhindert werden. Dieselben Kräfte, die nicht nur die Vernichtung von 6 Millionen Juden durch die Nationalsozialisten gutheissen, sondern auch weiterhin Rassismus und Antisemitismus predigen, führen verbotene nationalsozialistische Tätigkeiten fort und gehören verboten: Faschismus ist keine Meinung, sondern bleibt ein Verbrechen“* erklärte IG Metall Unterelbe Bevollmächtigter Uwe Zabel. *„Es wird nicht nur von der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die faschistische Diktatur geträumt, sondern auch praktisch Hand angelegt wie jüngst bei den militanten Angriffen auf die Mai-Demonstrationen des DGB. Diese Kräfte dürfen in Pinneberg nicht das Demonstrationsrecht für ihre militanten Angriffe auf Gewerkschaften, die jüdische Gemeinde, Bürgerinnen und Bürger anderer Hautfarbe und Herkunft mißbrauchen. Wer Grundrechte wie das Grundrecht der Gewerkschaften auf Koalitionsfreiheit nach Artikel 9 des Grundgesetzes angreift und nationalsozialistische Tätigkeiten fortsetzt, gehört verboten. Die Verfassung ist als Lehre aus der Zeit des Faschismus entstanden und verbietet zu Recht jegliche nationalsozialistische Tätigkeit.“*

An die IG Metall haben sich insbesondere jüdische und Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, die im Kreis Pinneberg wohnen und arbeiten, gewandt - in der Sorge vor Angriffen durch den geplanten Neonaziaufmarsch.

*„Wir werden die Verbreitung und Verharmlosung neonazistischer Gedankengüter nicht tolerieren, denn wo Neonazis ohne gesellschaftlichen Widerspruch auftreten, breiten sich rassistisches und nationalistisches Gedankengut aus.“* forderte IG Metall Bevollmächtigter Uwe Zabel.

*Die IG Metall fordert das unverzüglich Verbot des von dem vorbestraften Neo-Nazi-Kaders Thomas Wulf angemeldeten Neonaziaufmarsches am 6. Juni in Pinneberg. Bei dieser verfassungswidrigen Zusammenrottung agieren dieselben militanten Kräfte der Neonationalsozialisten, die am 1. Mai 2009 u.a. die DGB Kundgebung in Itzehoe und im letzten Jahr die Jüdische Gemeinde gewalttätig angegriffen haben.*

*„Hier werden grundgesetzwidrig nationalsozialistische Bestrebungen fortgesetzt. Der gewaltsame Angriff auf die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen, auf die jüdische Gemeinde sind ein Teil der neo-nationalsozialistischen Politik, der sich selbst autonome Nationalisten nennenden Neo-Nationalsozialisten. Diese dürfen sich nicht auf den Straßen in Pinneberg, Elmshorn, Itzehoe oder anderswo zusammenrotten. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Daher muss der Neonaziaufmarsch in Pinneberg sofort verboten werden“* fordert Uwe Zabel für die IG Metall.

**Hinweis auf Pressekonferenz des Bündnisses „Ohne uns – Kein Neonaziaufmarsch in Pinneberg am 6. Juni 09“ am Mittwoch ,den 13.5.09 um 20.15 Uhr/Katarina-von-Bora-Haus, Bahnhofstr. 8-21 in 25421 Pinneberg.**

**V.i.S.d.P.:** Uwe Zabel, 1. Bevollmächtigter und Geschäftsführer IG Metall Unterelbe  
Presseinfo: Mobil: 01 70/33 33 375  
eMail: [uwe.zabel@igmetall.de](mailto:uwe.zabel@igmetall.de)

IG Metall Unterelbe \* Wedenkamp 34 \* 25335 Elmshorn  
Telefon: 0 41 21/26 03-16 Fax: 0 41 21/26 03-20  
eMail: [unterelbe@igmetall.de](mailto:unterelbe@igmetall.de) [www.igmetall-unterelbe.de](http://www.igmetall-unterelbe.de)